

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE IRREFUEHRENDE BAUERN-INITIATIVE

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern; Tel. 031 44'58'94

An die Medien der deutschen
und rätoromanischen Schweiz

Bern, 11. April 1989

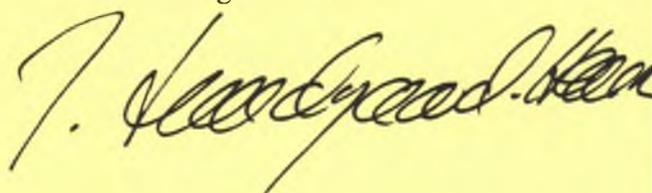
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Abstimmungskampf um die sogenannte Kleinbauern-Initiative ist eröffnet: die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz hat mit aller Deutlichkeit eine Nein-Parole beschlossen, Denner-Boss Karl Schwenk hat in Form einer nur schwer verdaulichen "persönlichen Erklärung" die Tageszeitungen der Schweiz mit ganzseitigen Inseraten bereichert. Der Journalist Matthias Stadelmann setzt sich im heutigen Pressedienst mit der eigenartigen Verbindung zwischen Kleinbauernvereinigung und Grossverteiler Denner auseinander. SVP-Nationalrat Albrecht Rychen sieht die Kleinbauern als Verlierer: das Volksbegehren sei vielleicht "gut gemeint, aber falsch überlegt". Auch der langjährige Bundeshausredaktor Dr. Emil Gruchter kommt mit Blick auf die Initiative zum Schluss: "Die Wirklichkeit sieht anders aus".

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss

Jens Lundsgaard-Hansen



Beilagen: erwähnt

Hilfe, die Schlangenfänger kommen! (Schwank in zwei Akten)

Die Schweizerische Demokratie ist auch nicht mehr, was sie einst war. Immer mehr verkommt unsere Politik zum Schmierentheater, werden wichtige und ernsthafte Anliegen von Schlangenfängern und Scharlatanen zur Durchsetzung ihrer ureigenen Interessen missbraucht. Ganz zu schweigen von den vielen Trittbrettfahrern, die in diesem Sog mit dem Stimmbürger Kasperlis spielen. Jüngstes Beispiel in einer immer länger werdenden Kette so gelagerter "Polit-Schwänke" ist die sogenannte "Kleinbauern-Initiative für naturnahes Bauern und gegen Tierfabriken". Schwierig ist in diesem Fall allerdings die Rollenverteilung. Klar ist, dass die Vereinigung Kleiner- und Mittlerer Bauern (VKMB) und der Grossverteiler Denner Anspruch auf die Titelrollen erheben. Unklar ist, wer als Schlangenfänger, wer als Trittbrettfahrer fungiert. Beide hätten beides im Repertoire. So ist ein Blick auf Inhalt und Entstehungsgeschichte zur Lösung dieser Frage nötig.

Eingereicht wurde die Initiative offiziell von der VKMB. Ausgefertigt wurde der Text von der VKMB und von Denner. Die Unterschriftensammlung wurde dann ganz von Denner gemanagt - und wohl auch finanziert. Im Abstimmungskampf treten die VKMBler als Initianten auf, Denner finanziert die Kampagne. Also gibt die Entstehungsgeschichte des "Werkes" keinen Aufschluss über die definitive Rollenverteilung. Deshalb sei der Inhalt näher unter die Lupe genommen.

Der Schwank "Kleinbauern-Initiative" ist ein echter Zwei-Akter. Der erste Akt geht auf das Konto der VKMB. Sie möchte, was zwar lobenswert ist, die Kleinbauern unterstützen. Völlig untauglich sind aber die Mittel, die sie für dieses Anliegen einsetzen will. Statt der gewünschten Kleinbauernidylle à la Gotthelf, mit Hühnern um den Hof, einem knurrenden Bärri vor der Scheune, in der der Grossvater den Pferdewagen selber flickt, käme bei einer Annahme der Initiative wohl bald das böse Erwachen. Rund neunzig Prozent der Betriebe, die aus dem Schutzbereich des Agrarrechts herausfallen würden, sind Klein- und Mittelbetriebe. Die meisten von ihnen liegen im ohnehin standortbenachteiligten Berggebiet. Die "Tierfabriken", die die VKMB im Titel ihrer Initiative ausschalten will, würden weiterbestehen, einmal abgesehen davon, dass man seit dem Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes kaum mehr von Tierfabriken sprechen kann. Diese Grossproduzenten würden den bisherigen Agrarschutz verlieren. Dadurch könnten sie aber auch nicht mehr via Agrargesetzgebung kontrolliert werden. Rechtsexperten sind sogar der Meinung, dass sich solche Betriebe auch nicht mehr an Verordnungen, wie etwa die Stallbauverordnung, zu halten hätten, solange ihre Betriebe die Tierschutzvorschriften erfüllen.

Der zweite Akt des Schwanks "Kleinbauerninitiative" regelt den Import landwirtschaftlicher Produkte. Als Drehbuchautor zeichnet Denner verantwortlich. Denner möchte mit einem Leistungssystem die Direktzahlungen an benachteiligte Betriebe finanzieren. Die Sache hat aber mehrere Haken: Zum Ersten funktioniert dieses System nur in Bereichen, wo viel importiert wird, etwa bei den Produkten Geflügel und Wein. Beide Artikel sind Schlager im Denner-Angebot. Bei Milch und Fleisch würde diese Regelung kaum spielen, die verheissenen tieferen Preise für den Konsumenten bei besserer Ertragslage für den Produzenten sind Augenwischerei, auf diesem Weg nicht realisierbar. Zweitens ist die Schweiz keine Insel und handelsrechtlich mittels Verträgen an das Ausland gebunden. Ein Ausscheren der Schweiz aus bisherigen Vereinbarungen hätte negative Konsequenzen auf die gesamte Wirtschaft.

Denner hat überdies bei der neuen Geflügelverordnung, die ein Leistungssystem für Geflügelimporte vorsieht, sein wahres Gesicht gezeigt. Als einziger Grossimporteur will Denner die Verordnung bekämpfen. Grund: Denners Gewinnmargen würden wohl kleiner, als sie es im Moment noch sind. Denner ist der einzige Grossimporteur, der sich weigert, auf freiwilliger Basis teureres Schweizer Geflügel abzusetzen, um die Importe auszugleichen! Mit so offenen Karten, wie Denner-Chef Karl Schweri dies dem Stimmbürger in ganzseitigen Zeitungsinserten mitteilt, spielt er nicht. Diese Inserate sind im überigen so penetrant, dass sogar der Sekretär der VKMB, Herbert Karch, sich davon distanziert und zugeben muss, sie weckten übertriebene Hoffnungen, die die Initiative nicht erfüllen könnte. Es sei nicht alles zum Nennwert zu nehmen, im überigen habe Denner diese Inseratenkampagne ohne Absprache mit der VKMB lanciert.

Damit könnte endgültig die Frage nach der Verteilung der Hauptrollen beantwortet werden: Denner spielt sowohl den Schlangenfänger, als auch den Trittbrettfahrer selber, die VKMB ist nur Anhängsel, moralisches Deckmäntelchen sozusagen. Auch der Titel des Schweri-Politschwanks müsste eigentlich in "Denner-Importinitiative" abgeändert werden. Bleibt zu hoffen, dass der Stimmbürger dem Schlangenfänger des Schwanks nicht auf den Leim kriecht und die Initiative deutlich verwirft.

Matthias Stadelmann

Kritische Betrachtungen zur Kleinbauern-Initiative aus der Sicht eines Nicht-Landwirts:

GUT GEMEINT, ABER FALSCH UEBERLEGT

Von SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Lyss/BE

Für die Bauern wie für das ganze Land stellen sich heute ernsthafte Fragen im Rahmen der Agrarpolitik. Die Initiative der Vereinigung kleiner und mittlerer Bauern (VKMB), genannt "Kleinbauern-Initiative", versucht Lösungen anzubieten. Die Folgen eines Verfassungsartikels à la Kleinbauern-Initiative kehren sich ins Gegenteil ihres Willens: Die Kleinbauern wären bei Annahme der Initiative eindeutig die Verlierer.

Umweltschonende Produktionsweisen, Sicherung des paritätischen Einkommens, die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, die neuen technologischen Möglichkeiten und die Entwicklung bei den internationalen Handelsbeziehungen stellen die schweizerische Landwirtschaftspolitik vor etliche Probleme. Die Lösungen sind aber nicht einfach aus dem Aermel zu schütteln.

Die "Volksinitiative für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)" gibt auf die drängenden Fragen keine Antwort oder solche, die sehr einseitig ausfallen und gar die Kleinbauern benachteiligen. "Tierfabriken" werden im Text der Initiative nicht erwähnt. Nach dem Willen der Initianten ist nicht vorgesehen, dass die nichtbäuerlichen Betriebe verschwinden müssen, sondern diese unterstehen einfach nicht mehr dem Agrarschutz. Die in der Diskussion immer wieder anvisierten "Tierfabriken" werden durchaus weiter existieren können. Uebrigens wäre die Unterscheidung bäuerliche-nichtbäuerliche Betriebe wohl nur mit grossem zusätzlichem Verwaltungsaufwand zu bewerkstelligen.

Die Initiative will für Betriebe mit Tierhaltung eine eigene Futterbasis (im Talgebiet zwei Drittel, im Berggebiet 50 Prozent) vorschreiben. Diese Bestimmung hört sich gut an. In Tat und Wahrheit richtet sich aber gerade diese Bestimmung gegen die kleinen Bauern. Grosse Betriebe im Mittelland können diese Vorschriften erfüllen, die kleinen Familienbetriebe, vorab im Hügel- und Berggebiet dagegen sind auf zum Teil hohe Futtermittel-Zukäufe angewiesen. Die vorgeschriebene Futtermittelbasis

wird viele Bauern dazu bringen, aus ihrem Boden mehr herauszuwirtschaften, also intensiver zu bauen. Aber die Initiative redet im Titel doch vom "...naturnahen Bauern"! Ökologischeres Bauen lässt sich kaum mit solchen Vorschriften erreichen, viel eher mit vermehrter integrierter Produktionsweise und Abgeltungen für ökologische Sonderleistungen. Im Bereich des Gewässerschutzes zum Beispiel lässt sich mit bisherigen und zum Teil bereits neuerlassenen Bestimmungen wesentlich effizienter gegen überbetriebliche Tierhaltung von "Tierfabriken" vorgehen.

Die Initiative berücksichtigt zu wenig oder überhaupt nicht die Spezialzweige der Landwirtschaft. Beim Obstbau beispielsweise treten während des Jahres einzelne Arbeitsspitzen auf. Diese können nur mit zusätzlichen Arbeitskräften (von ausserhalb der Familie) bewältigt werden. Wie stünde es da eigentlich mit Alpkorporationen, welche ja saisonal ohne zusätzliches Personal gar nicht bestehen können?

Den Initianten ist gutzuschreiben, dass sie berechtigte Anliegen anpacken wollen. Vermehrter Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe und eine grössere Berücksichtigung der Natur sind notwendig. Die Initiative bringt aber falsche Lösungen; dies verwundert nicht so sehr, wenn man weiss, dass der Grossverteiler Denner in mannigfacher Hinsicht hinter dem Volksbegehren steckt und so seine ureigensten Interessen natürlich auch wahrnehmen will... Der Titel der Initiative mag einleuchten. Auch die vielen Erklärungen und Interpretationen der Initianten bei Vorträgen und anderen Auftritten locken zu einem Ja. Wir stimmen aber über einen ausformulierten Verfassungstext ab. Nach genauem Studium muss man diesen Text im Interesse der Kleinbauern und der Randgebiete kategorisch ablehnen.

DIE WIRKLICHKEIT SIEHT ANDERS AUS

Eine Parallele ist gegeben: Am 4. Dezember vergangenen Jahres stand eine Verfassungsvorlage zum Entscheid an, für die unter einem verführerischen Titel geworben wurde, etwa nach dem Rezept "mit Speck fängt man Mäuse". Der Souverän biss aber nicht an, sondern schickte den Vorstoss bachab. Am nächsten 4. Juni wird erneut mit einer irreführenden Firmenbezeichnung für eine Verfassungsänderung geködert. Es handelt sich um die Initiative "für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken". Niedlich wird sie auch als "Kleinbauern-Initiative" deklariert, obwohl der Grossverteiler Denner als Sponsor der nach aussen auftretenden Initianten den zweiten Teil der Vorlage über das neue handelspolitische Instrumentarium für Agrarprodukte zu seinen Gunsten geschneidert hat.

Aber auch die landwirtschaftlichen Aspekte im ersten Abschnitt der Initiative erweisen sich als starr. Diese Vorschriften verleiten zu Versprechungen, die im Alltag nicht eingehalten werden können. Es überrascht denn auch nicht, dass Bundesrat und Parlament dieses Volksbegehren zur Ablehnung empfehlen. Bezeichnenderweise will auch die Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, die sich insbesondere für die Kleinbauern einsetzt, von diesem Kuckucksei nichts wissen.

Gemäss Initiative sollen die Schutz- und Förderungs-Massnahmen der Agrarpolitik auf bäuerliche Betriebe beschränkt bleiben. Dabei wird der bäuerliche Betrieb eng umschrieben. Er ist von einem selbständigen Bauern mit vorwiegend familieneigenen Arbeitskräften zu bewirtschaften und beruht auf einer in der Verfassung verankerten Futterbasis. Diese hat im Talgebiet zwei Drittel, im Berggebiet die Hälfte des gesamten Futtermittelbedarfs aus eigener Produktion zu decken. Diese Korsettbestimmungen werden dem Stimmbürger als "naturnahes Bauern" schmackhaft gemacht. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Dieser Abschnitt der Initiative übersieht schlicht und einfach, dass in unserem Lande keineswegs der Grossbetrieb, wie er etwa eine zeitlang in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefördert wurde, dominiert. In unserer Agrarlandschaft gilt als Leitbild der leistungsfähige Familienbetrieb. Im sechsten Landwirtschaftsbericht des Bundesrates ist er mit aller Klarheit in den Mittelpunkt der agrarpolitischen Massnahmen gestellt worden. Er bedarf des Schutzes und verdient Förderung. Keinen Platz im Rahmen dieses Leitbildes hat die in der Initiative vorgesehene Abhängigkeit von der betriebseigenen Futterbasis, die sich sowohl in ökologischer Hinsicht als auch für viele kleine und mittlere Betriebe als Bumerang erweisen könnte.

Um mehr Futtermittel hinzukaufen zu können, könnten sich diese Bauern veranlasst sehen, ihren Hof so intensiv wie möglich zu bewirtschaften. Gelingt ihnen dies nicht, laufen sie Gefahr, dass die Möglichkeit für die sogenannte "innere Aufstockung", die für kleine und mittlere Betriebe existentiell sein kann, verloren geht. Bei den Verhandlungen im Ständerat blieb die Behauptung unwidersprochen, dass beispielsweise die Hälfte der innerrhodischen Bauernbetriebe ohne diese Aufstockung nicht lebensfähig wäre. Schon dieser Hinweis zeigt, dass sich die Initiative mit der Wirklichkeit schwer tut und verworfen werden muss.

Emil Grichting